

# Das erste Wort zur IGS haben die Eltern

## Schulausschuss stimmt geschlossen für Befragung

**In Achims Grundschulen und Kindergärten soll es eine Elternbefragung zur Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) geben. Hierfür stimmten im Schulausschuss nicht nur SPD, Grüne und WGA als Initiatoren dieser Umfrage, sondern auch die CDU. Was aber nichts daran ändert, dass Achims Christdemokraten die IGS selbst strikt ablehnen.**

VON RALF MICHEL

**Achim.** Der ideologische Disput über das Für und Wider von Integrierten Gesamtschulen und den von der CDU favorisierten Oberschulen blieb am Dienstagabend im Fachausschuss aus. Für diese Debatte sei später noch Zeit, konstatierte Rüdiger Dürr. An seine Feststellung knüpfte der CDU-Ratsherr die Hoffnung, lediglich über eine Elternbefragung abstimmen zu müssen. Punkt drei und vier des Antrages der Arbeitsgruppe aus SPD, Grünen und Wählergemeinschaft hätte Dürr gerne verschoben. Darin ging es um Antragsstellung und Gründungszeitpunkt für die IGS sowie die Schulträgerschaft.

Doch hierauf ließen sich die anderen Fraktionen nicht ein, sondern verabschiedeten gemeinsam mit dem Eltern- und dem Lehrervertreter im Schulausschuss das gesamte Antragspaket: Wenn die Mehrheit der Eltern es will, wird in den Räumlichkeiten der Haupt- und/oder der Realschule eine IGS eingerichtet. Durchführen soll die Elternbefragung der Landkreis, als Starttermin wird der 1. August 2014 angestrebt. Und schließlich: Sollte sich eine Mehrheit der Eltern für eine IGS aussprechen, übernimmt die Stadt Achim dafür die Trägerschaft.

Ausgangspunkt für den Antrag sei die Situation an der Hauptschule gewesen, an der sich zuletzt nur noch ganze neun Grundschüler aus Achim angemeldet hatten, erklärte Gabriele Sommer (Grüne). Zugleich hätten 39 Schüler der Achimer Grundschulen die IGS Oyten als weiterführende Schule gewählt. Offensichtlich sei dieser Schultyp deutlich mehr nachgefragt als die Hauptschule. „Wir können deshalb nicht mehr länger nachdenken und den Prozess beobachten, wir müssen etwas tun.“

Aus Gesprächen mit Eltern wisse man, dass sie sich ein durchgängigeres Schulsystem wünschten. Achim habe zwei „gute Gymnasien, auf die wir sehr stolz sind“, betonte Sommer. „Aber wir brauchen auch eine Schule, die für die Eltern eine Alternat-

ive darstellt.“ Das Oberschulmodell von CDU und FDP käme für Achim nicht in Frage, weil es ohne Gymnasium von den Eltern als „Restschule“ betrachtet würde.

Dass eine Oberschule in Achim nicht gewollt wird, räumten selbst die CDU-Vertreter ein. Nichtsdestotrotz sei der IGS-Antrag ein Schnellschuss, findet Isabel Gottschewsky. Die Rahmenbedingungen von Landesseite seien noch ungeklärt, ebenso die Kostenfrage bei Übernahme der Trägerschaft. Schließlich gehe es um eine Ganztagschule. Die finanziell stemmen zu wollen, sei für die Stadt „utopisch bis unmöglich“.

Ihre Ablehnung einer IGS in Achim begründete die CDU-Riege im Fachausschuss außerdem mit dem Verweis auf den Landkreis. Diese Entscheidung strahle weit über die Stadtgrenzen hinaus und sollte von daher auf Kreisebene besprochen werden. Was bereits geschieht: Im Kreisausschuss wurde diese Woche beschlossen, den „Arbeitskreis Schulstrukturreform“ wieder zusammenzurufen, in dem unter anderem alle Bürgermeister aus dem Landkreis, die Kreisverwaltung, die Kreisfraktionen und Elternvertreter sitzen. Aber auch der Kreisausschuss wartet dem Vernehmen nach zunächst auf die schulpolitischen Koalitionsvereinbarungen der neuen Landesregierung.

Aus Sicht der Achimer Arbeitsgruppe ist dies nicht notwendig: „Unsere Überlegungen sind immer von dem Stand vor der Landtagswahl ausgegangen“, erklärte Silke Thomas (Grüne). Und funktionieren würde die IGS auch ganz allein für Achim, die Eltern in Thedinghausen und Langwedel müssten dafür nicht befragt werden.

Auf die von der CDU angesprochene Kostenfrage ging Bürgermeister Uwe Kellner ein: Haupt- und Realschule in Achim seien was Fach- und Unterrichtsräume angehe hervorragend ausgestattet. Ganz zu schweigen von der Mensa, die auf 400 Essen pro Tag ausgerichtet sei. Bei der CDU verfiel dieses Argument nicht: Auf die Stadt kämen dauerhaft vor allem die Kosten zu, die ein vernünftiges pädagogisches Konzept mit sich bringen würde, konterte Isabel Gottschewsky.

Einig waren sich alle Fraktionen, dass möglichst schnell nach den Osterferien in allen Ortsteilen Info-Abende für die Eltern organisiert werden müssten. Und auf denen sollten nicht nur IGS-Befürworter, sondern auch Gegner dieser Schulform zu Wort kommen, forderte Elternvertreter Enno Lork.

---

„Wir können den Prozess nicht länger beobachten, wir müssen etwas tun.“

---

Gabriele Sommer (Grüne)